

**Territorialer und innerer Revisionismus.
Die Politik der deutschen Verbündeten 1938-1943 /
Territorial Revisionism and Revisionism Inside.
The Politics of the Allies of Germany: 1938-1943**

Tagung veranstaltet von Marina Cattaruzza (Historisches Institut, Philosophisch-historische Fakultät, Universität Bern) und Dieter Langewiesche (Eberhard Karls Universität Tübingen, Sonderforschungsbereich 437 – Kriegserfahrungen – Krieg und Gesellschaft in der Neuzeit)
Blaubeuren, 12. bis 13. September 2008

Vom 12. bis zum 13. September 2008 fanden sich im Heinrich Fabri Institut in Blaubeuren auf einer internationalen Konferenz deutsche und ausländische HistorikerInnen zusammen, um sich mit dem territorialen und inneren Revisionismus der deutschen Bündnispartner in der Zeit 1938-1943 auseinanderzusetzen. Das Thema wurde durch zwölf Vorträge und durch intensive und anregende Diskussionen, die jedes der vier Tagungsteile abschlossen, in deutscher und englischer Sprache, behandelt. Die Tagung hat einen Gesamtüberblick auf komparativer Ebene über die internen geopolitischen Strategien der verschiedenen Staaten des nationalsozialistischen europäischen Bündnissystems ermöglicht. Gleichzeitig ergab sich die wichtige Gelegenheit, das Verhalten jener Länder gegenüber ihrer Minderheiten historisch einzeln zu analysieren und zu vergleichen.

Nach der Eröffnungseinführung beider Veranstalter leitete *Istvan Deak* (Columbia University New York) thematisch und methodologisch, durch anregende sowie kritische Denk- und Diskussionsanstöße, die Tagung ein. Deak hob die Feststellung hervor, wie verwirrend und kompliziert in Wirklichkeit das deutsche Allianznetz gewesen sei, so dass, im allgemeinen, das politische Verhalten jenes Bündnissystems oft nur sehr differenziert und unterschiedlich historisch ausgewertet werden könne. Darüber hinaus stellte Deak die kritische Frage, ob und inwieweit es berechtigt sei, jene Staaten, besonders in Mittel- und Osteuropa, als Satellitenstaaten Hitler-Deutschlands historisch zu betrachten, und ob daher die Verantwortung der Kriegs- und Menschheitsverbrechen, die besonders im Laufe des zweiten Weltkriegs in diesen Ländern begangen wurden, nicht eher den hiesigen Politikern und der hiesigen Bevölkerung selbst zuzurechnen sei. Außerdem sei innerhalb dieses Allianzsystems eine starke Feindlichkeit zwischen einigen Bündnispartnern aufzuweisen, wie zum Beispiel zwischen Rumänien und Ungarn, in der die Wirkung des deutschen Bündnissystems als „Pax Germanica“ oft, wenn überhaupt, nur eine sehr kurze Dauer gehabt hätte. In Anbetracht eines nicht unbedeutenden autonomen politischen Spielraums gegenüber Deutschland hätten die Verbündeten, sowie die meisten Länder Ost- und Mitteleuropas, den Krieg als Gelegenheit genutzt, eine Lösung der Minderheitenfrage innerhalb ihrer nationalen Grenzen vorzunehmen.

Pal Pritz (Hungarian Academy of Sciences Budapest) betonte die oft widersprüchliche Haltung in der Außenpolitik der ungarischen Regierungen zwischen 1918/19 und 1945. Ungarn habe zwischen der Bewahrung einer bewaffneten Neutralität und der Unterstützung eines begrenzten Parlamentarisierungsprozesses, auf der einen Seite, und Schritte, die eine solche Position in Frage stellten oder sogar gefährdeten, auf der anderen Seite, geschwankt. Hauptwunsch der politischen Akteure der ungarischen Außenpolitik in dieser Zeit sei es gewesen, die Grenzen Großungarns wiederherzustellen, man habe aber gleichzeitig erkannt, dass dieses nur

mit Hilfe einer Großmacht erreichbar gewesen sei. In der Tat sei es Ungarn gelungen, den territorialen Revisionismus mit Hilfe Hitlerdeutschland zu erzielen, und gerade diese Tatsache, so Pritz, habe Ungarn an Deutschland gefesselt und nicht die Ideenwelt des Nationalsozialismus, in Anbetracht auch, dass nur ein Teil der ungarischen Bevölkerung sich in einer Schicksalsgemeinschaft mit Deutschland verbunden gesehen habe.

Aus dieser Sicht war es Pritz Absicht, die These historisch zu untermauern, dass Ungarn, wenigstens bis zur deutschen Besetzung 1944, nur in einem westeuropäischen und nicht in einem osteuropäischen Sinne des Wortes als Vasallenstaat Deutschlands zu betrachten sei, da traditionell im Westen der Vasall seinem Herrn gegenüber seine Würde habe behaupten können, wogegen im Osten der Vasall sich vor seinem Herrn niedergeworfen habe. Aus einer solchen Perspektive könne man unter anderem die Tatsache erklären, dass bis März 1944, trotz deutscher Mahnungen, 800.000 Staatsbürger jüdischer Abstammung in Ungarn weiterleben konnten; erst die deutsche Besetzung habe zu einer grundlegenden und dann aber sehr raschen dramatischen Veränderung der Situation geführt.

Pier Giorgio Zunino (Universität Turin) erkannte in der zunehmenden Belastung der italienisch-französischen Beziehungen durch nationalistische Erwägungen, besonders nach dem Ersten Weltkrieg, wie zum Beispiel durch den so genannten Mythos des „verstümmelten Sieges“ (*vittoria mutilata*), einen Hauptfaktor, der zur Achse Rom-Berlin geführt hätte. Trotz einer sympathisierenden Attitüde der englischen und französischen Regierungsverantwortlichen dem Faschismus gegenüber und trotz akuter Spannungen zwischen Italien und Hitlerdeutschland bis 1935, besonders im Bezug auf die Zukunft Österreichs, hätten sich letztendlich die hegemonialen Bestrebungen Mussolinis im Mittelmeerraum mit der außenpolitischen Strategie Englands und Frankreichs als unvereinbar erwiesen und hätten daher Italien zu der fast in dieser Hinsicht unvermeidbaren Allianz mit Deutschland bis hin zu der, wenn auch verspäteten, Kriegsbeteiligung Italiens auf der Seite des Bündnispartners geführt.

Die Sonderstellung Finnlands innerhalb des deutschen Bündnisnetzes wurde durch *Kalervo Hovi* (Universität Turku) erläutert. Es sollten vor allem die genauen Gründe erklärt werden, die ein Land wie Finnland, das nie einen offiziellen Bündnisvertrag mit Hitler unterzeichnet hatte, dazu bewegte, sich aktiv militärisch am deutschen Angriff auf Russland zu beteiligen. Eine jahrhundertlange Tradition guter deutsch-finnischer Beziehungen habe vorläufig durch den Hitler-Stalin-Pakt einen dramatischen Bruch erlebt, der sich durch Deutschlands sowjetfreundliche Neutralität im russisch-finnischen „Winterkrieg“ (1939-1940) noch weiter zu vertiefen schien. Doch habe gerade die für Finnland durch große Gebietsabtretungen (vor allem Karelien) folgeschwere Unterzeichnung des Friedens mit Russland ermöglicht, nicht nur in erster Linie die finnische territoriale Selbstständigkeit zu gewähren, sondern gleichzeitig auch eine immer engere Bindung Finnlands an das Dritte Reich wieder herzustellen, wie schon Göring in seinen Empfehlungen an Finnland während des „Winterkriegs“ es vorgesehen hätte. So machte Hovi deutlich, dass die schon Ende 1940 entstandene militärische Kooperation zwischen Finnland und Deutschland, sowie die finnische Beteiligung am deutschen Krieg gegen die Sowjetunion, in erster Linie durch die Gewährung der nationalen Sicherheit, sowie durch die Rückeroberung der verlorenen Gebiete zu begründen sei. Darüber hinaus wurde betont, dass die finnische Regierung in diesen Jahren nie eine antijüdische Politik betrieben habe, und dass es ihr gelungen sei, all ihre jüdische Bevölkerung zu schützen; es wurde außerdem daran erinnert, dass sogar einige Hunderte von finnischen jüdischen Soldaten sich am deutschen Russlandfeldzug auf Seite der deutschen Truppen beteiligt haben.

Das Verhalten Rumäniens im Hinblick auf die Revisionsbestrebungen und auf die Minderheitenpolitik innerhalb des deutschen Bündnisnetzes wurde unter verschiedener Perspektive in drei unterschiedlichen Beiträgen behandelt. *Dennis Deletant* (University College London) hob die wichtige Rolle Rumäniens als europäischer Hauptachsenpartner Deutschlands neben Italien hervor, wie unter anderem die Beteiligung von mehr als 580.000 rumänischen Soldaten am deutschen Angriff auf die Sowjetunion bestätigt hätte. Deletant

befasste sich vor allem mit der in einiger Hinsicht zwiespältigen Haltung von Ion Antonescu, der im September 1940 durch Hilfe der „Eisernen Garde“ an die Macht kam und ab August 1941 eine faschistische Alleinherrschaft errichtete. Es wurde betont, wie unter seiner Herrschaft ungefähr 300.000 Juden zusammen mit Roma, besonders aus den neu annektierten Gebieten Großrumäniens, wie Bukowina und Bessarabien, in die Todeslager Transnistriens verschleppt worden seien, wo wegen unzureichender Verpflegung an Mangelkrankheiten und Hunger bis zu 70 Prozent ums Leben gekommen seien. Gleichzeitig habe sich aber Antonescu geweigert, rumänische Juden in die nationalsozialistischen Vernichtungslager zu schicken; so sei es 375.000 Juden gelungen, in den „älteren“ Kernteilen des Landes, wie Walachei, Moldau und Südtranssilvanien zu überleben.

Mariana Hausleitner (Ludwig-Maximilians-Universität München) wies auf den ambivalenten und oft propagandistischen Umgang im heutigen Rumänien mit seiner Geschichte im Zweiten Weltkrieg hin: nach 1990 habe eine Fülle von Veröffentlichungen den Ostfeldzug 1941 als antibolschewistischen Kampf glorifiziert und 2006/2007 haben Bukarester Gerichte die Aufgabe bekommen, im Zuge von Restitutionsansprüche zu klären, ob es sich für Rumänien um einen Angriffs- oder Verteidigungskrieg gegen Russland gehandelt habe. Hausleitner sowie *Hildrud Glass* (Ludwig-Maximilians-Universität München) hoben den Zusammenhang zwischen den territorialen Gewinnen Rumäniens nach dem Ersten Weltkrieg und der rumänischen Politik gegenüber den Minderheiten hervor. In der Zwischenkriegszeit, in der sich sowohl sein Gebiet als auch seine Bevölkerung um fast das Doppelte erweiterte, habe sich Rumänien in einen Vielvölkerstaat verwandelt und die Tatsache, dass fast ein Drittel der Bevölkerung zu Minderheiten (Ungarn, Ukrainer, Russen, Juden, Roma, Deutsche) gehörte, sei von den verschiedenen rumänischen Regierungen als Störfaktor empfunden worden. Ab 1939 sollte Großrumänien eine Reihe von Gebietsabtretungen erleben: Bessarabien und die Nordbukowina an die Sowjetunion, Nordtransilvanien an Ungarn (Zweiter Wiener Schiedsspruch), Süddobrukscha an Bulgarien; schließlich bedingte der Angriff auf die Sowjetunion, ab Sommer 1941, die Rückeroberung sowohl Bessarabiens als auch der Nordbukowina und die Besetzung Transnistriens.

Die aus den Gebietsverlusten folgende Flüchtlingsfrage sei, so Hausleitner, von den rumänischen Machthaber als Grund für die Vertreibung der Juden gerechtfertigt worden. In der Suche nach Kontinuitäten und Diskontinuitäten in der Behandlung der Minderheitenfrage in Rumänien von den parlamentarisch legitimierten Regierungen bis zu den 1938 beginnenden drei Rechtsdiktaturen stellte Glass eine einheitliche nationalistische Grundauffassung und Zielstellung eines ethnisch homogenen Nationalstaats fest; Unterschiede seien nur in den dabei angewandten Methoden festzustellen. Auch dank eines starken Zentralismus des politischen rumänischen Systems sei man sich einig gewesen, alle nationalen Minderheiten als schädlich zu betrachten und daher jegliche Form lokaler Autonomie zu verhindern und stattdessen einen umfassenden Romanisierungsprozess durchzuführen. Doch habe der politische Zentralismus der rumänischen Regierungen in der Zwischenkriegszeit zu einer weiteren Entfremdung der Minderheiten dem Staat gegenüber geführt und dagegen eine erstaunliche Unwirksamkeit der Assimilierungspolitik aufgewiesen.

Das Bündnis zu Deutschland sowie die geänderte internationale Mächtekonstellation nach dem Ausbruch des Krieges habe einen neuen Rahmen für die Volkstumspolitik Rumäniens geschaffen, in dem eine Radikalisierung im Umgang mit den Minderheiten stattgefunden habe, vor allem in der Form einer immer stärkeren ethnischen Hierarchisierung und ethnischen Säuberung. Während man der deutschen Minderheit, – wenn auch nur in der Perspektive einer temporären Konzession gedacht – einen autonomen Status versicherte, kam es dagegen zu einer immer weiteren Aufsplitterung des rechtlichen Status der anderen Minderheiten, vor allem derjenigen, die kein „Mutterland“ unter den angrenzenden Staaten aufweisen konnten, wie die Juden und die Roma. Es wurde mehrmals betont, wie wichtig für neue Ergebnisse im Verständnis der Volkstumspolitik Rumäniens der 1930er- und 1940er-Jahren eine weitere und tiefere Erforschung der Bestände der erst seit Ende des Kommunismus geöffneten rumänischen Archiven sei.

Am zweiten Tag der Konferenz, in dem man sich näher mit dem inneren Revisionismus der Deutschland-Verbündeten auseinandersetzte, berichtete *Norbert Spannenberger* (Universität Leipzig) über die deutschen Volksgruppen Südosteuropas in den Ländern Rumäniens, Jugoslawiens und Ungarns. Spannenberger plädierte am Anfang seines Vortrags für eine breitere und tiefere Grundlagenforschung in der Behandlung des Minderheitenthemas in Verbindung zu Hitler-Deutschland, um nicht in ein allzu oft angewandtes einseitiges „Opfer-Täter-Paradigma“ zu verfallen. Die Lage der Volksdeutschen in den oben genannten Ländern wurde von Spannenberger aus einer differenzierten Perspektive behandelt, die sowohl das unterschiedliche Politikverständnis der jeweiligen Heimatländer gegenüber der Minderheitenfrage, als auch die oft nicht einheitliche Entwicklung der nationalsozialistischen Deutschtumspolitik, wie, nicht zuletzt, die Selbstauffassung der verschiedenen volksdeutschen Gruppen im Verhältnis zu ihren Heimatländern und zum Dritten Reich berücksichtigte. Spannenbergers Absicht war es, auf dieser Weise die verschiedenen Varianten und die unterschiedlichen Dynamiken in den Verhaltensstrategien der einzelnen Akteure deutlich zu machen. Je nach Land und je nach geschichtlichem Zeitpunkt haben die deutschen Minderheiten eine mehr oder minder bedeutende Rolle für die revisionistischen oder antirevisionistischen Absichten der einzelnen Regierungen gespielt.

Wenn auch in einer Anfangsphase das Dritte Reich eine traditionelle Deutschtumspolitik fortgeführt habe, sei es doch sehr bald für das nationalsozialistische Deutschland wichtig gewesen, im Gegensatz zur Weimarer Republik, die Volksgruppenpolitik einheitlich umzugestalten, um sich ihr „bei Bedarf überall und gegebenenfalls unverhüllt“ zu bedienen. So habe 1936 die Gleichschaltung der deutschen Volkstumsvereine stattgefunden, die sich aber auf eine ab 1930 tief verbreitete völkische und später NSDAP-freundliche Gesinnung innerhalb einiger volksdeutschen Organisationen habe stützen können. Gleichzeitig habe neben dem Auswärtigen Amt die „Volksdeutsche Mittelstelle“ unter SS-Führung eine immer wichtigere Bedeutung als zentrales nationalsozialistisches Koordinationsorgan für die auslandsdeutschen Volkstumsfragen erhalten. Mit der Kriegsplanung, der Bildung des deutschen Bündnisnetzes und zuletzt mit dem Ausbruch des Krieges sei deutlich geworden, wie der Spielraum für autonome Handlungsvarianten der deutschen Volkstumsgruppen dem Dritten Reich gegenüber immer enger geworden sei, und letztlich gänzlich verschwunden sei. Ziel der SS, die de facto die „Betreuung“ der Volksdeutschen in hohem Maße kontrollieren konnte, sei eine totale Mobilisierung der deutschen Volksgruppen im Interesse der Kriegsführung gewesen. Gleichzeitig haben die „Heim ins Reich“-Aktionen „wie ein Damoklesschwert“ über den deutschen Volksgruppen geschwebt.

Frank Golczewski (Universität Hamburg) hob in seinem Vortrag hervor, wie parallel zu dem Deutsch-Sowjetischen Krieg in den von Deutschland besetzten Gebieten interethnische Zivilkriege stattgefunden hätten, wie zum Beispiel zwischen Polen und Ukrainern in Wolhynien. Diese Bürgerkriege hätten im eigentlichen Sinne eine sehr schwache und nur indirekte Verbindung mit dem Deutsch-Sowjetischen Kampf gehabt. Die Gebiete, in dem jene sehr gewaltsamen ethnischen Gegenübersetzungen stattfanden, wurden teilweise entweder dem Generalgouvernement oder dem Reichskommissariat Ukraine angegliedert und hätten sich dadurch gekennzeichnet, dass sie keine klare nationale ethnische Identität aufweisen konnten. Die nationale Zugehörigkeit hätte sich in diesen besetzten Territorien oft als ein erst spätes Konstrukt gebildet. Die Sowjetunion habe seinerseits den ukrainischen und weißrussischen Nationalismus instrumentalisiert, indem sie die Besetzung Ostpolens mit der angeblichen Absicht gerechtfertigt habe, die Bildung des Nationalstaats der Ukrainer und der Weißrussen vollenden zu wollen; so habe in diesem Gebiet bis zur deutschen Besetzung 1941 eine durch die sowjetische Alphabetisierungskampagne geforderte kulturelle Ukrainisierung stattgefunden.

Wiederum blieb im Westen die ukrainische Nationalität, bis heute noch, eine problematische Kategorie. Sowohl die polnischen Nationalisten als auch die westlichen Demokratien betrachteten die Ukraine als eine

deutsche Erfindung. In der Tat hätten die Ukrainer als deutsche Vasallen gegolten. Ihrerseits hätten die ukrainischen Nationalisten in der Unterstützung Deutschlands den einzigen Weg erblickt, ihre nationalen Forderungen durchzusetzen. Sie hätten sich daher immer wieder an Hitler-Deutschland zu binden versucht, obwohl die Deutschen sie oft „betrogen“ hätten, wie zum Beispiel im Falle der Absonderung Ostgaliziens an das Generalgouvernement, womit jedes Bemühen um die Bildung eines ukrainischen Nationalstaats praktisch verhindert worden sei. Als 1942 ein deutscher Sieg immer ferner zu rücken schien, bildeten sich unter den Ukrainern und den Polen jeweils bewaffnete Widerstandsgruppen, die unter sich einen brutalen Kampf für die Zurückgewinnung der verlorenen Gebiete wie Wolhynien und Galizien, begannen. Wiederum hätten die Deutschen oft diesen interethnischen Zivilkrieg zu ihren Gunsten, teilweise gegen die russischen Sieger, auszunutzen versucht.

Christian Gerlach (Universität Bern) erläuterte in seinem Vortrag die Verbindung zwischen den territorialen Annexionen und der Judenverfolgung in den Gebieten des deutschen Bündnissystems. Er nahm sich vor, folgende Hauptfrage eine historisch plausible Antwort zu finden: warum begannen die Minderheiten- und Judenverfolgungen in den von Deutschland und seinen Verbündeten neu annektierten Gebieten und warum fielen, im allgemeinen, gerade die dort ansässigen oder dorthin verschleppten Juden dem mörderischen Antisemitismus zum Opfer? Gerlach betonte, es sei schwer, die Gründe, die hinter einem solchen Phänomen stehen, auf einen einzigen Nenner zu bringen. Vielmehr sei die Erklärung in einer Verflechtung unterschiedlicher Motivationen zu finden, die ideologische, nationalistische, rassistische, wirtschaftliche, politische und opportunistische Wurzeln gehabt hätte. Anhand von Beispielen aus einigen der im Zweiten Weltkrieg neu angegliederten Gebieten von Deutschland (Wartheland), Rumänien (Bessarabien, Bukowina, Transnistrien), Bulgarien (Westthrakien und Mazedonien), Ungarn (Nordtranssilvanien) erklärte Gerlach das in diesen Regionen gewaltsame Vorgehen gegenüber ethnischen und religiösen Minderheiten, wie Polen, Ukrainer, Griechen, Moslems, Rumänen, Slowaken, Roma und vor allem Juden durch die Kategorie der „extremely violent societies“. Mit einem komparativen Blick auch auf die sowjetische Annexionspolitik in Osteuropa bemerkte Gerlach, dass die Notwendigkeit der neuen Besatzerländer, die intellektuelle sowie die wirtschaftliche und politische Führungselite in den neu besetzten Gebieten auszuwechseln sowie eine neue Verwaltungsschicht zu bilden, die Minderheitenangehörige, und gerade die Juden, die oft eine führende Rolle in den alten Führungseliten besessen hätten, „notwendigerweise“ als politisch gefährlich und als besonders unzuverlässig habe erscheinen lassen. Aus einer solchen Perspektive hätten sich die Regierungen der Heimatländer gerechtfertigt gefühlt, eine gewaltsame Strategie diesen Minderheiten gegenüber auszuüben.

Neben diesen „offiziellen“ nationalistischen Gründen der Minderheiten- und Judenverfolgung erblickte Gerlach andere wichtige Faktoren, wie zum Beispiel die weit verbreitete Korruption der aus dem Heimatland stammenden neuen Verwaltungsschichten, die zusammen oder oft auch in Konkurrenz mit der hiesigen „ethnisch-reinen“ Bevölkerung versucht hätten, die Juden in ihren professionellen sowie geschäftlichen Bereichen zu ersetzen oder sich das Hab und Gut der jüdischen Bevölkerung anzueignen. Nicht zuletzt habe eine solche wirtschaftliche Enteignung der Minderheiten, und vor allem der Juden, der kostspieligen Kolonisierungspolitik der jeweiligen Länder – in Form der Romanisierung, Germanisierung, Bulgarisierung, Magyarisierung der neu erworbenen oder eroberten Gebieten – gedient. Oft seien Minderheiten verfolgt worden, die schon mehrfach im Laufe der letzten Jahrzehnten umgesiedelt worden waren. Auf diese Weise sei eine Hierarchisierung der Minderheiten nach ihrer vermutlichen Gefährlichkeit entstanden, in der die Juden an erster Stelle standen. Mit Hinblick auf die am Anfang gestellte Frage könne man daher zum Schluss kommen, so Gerlach, dass die oben genannten, in den neu besetzten Gebieten lebenden Juden gerade dazu bestimmt gewesen seien, in diesen Territorien Opfer der Ausschreitungen jener „extrem gewaltsamen Gesellschaften“ zu werden.

Der Vortrag von *Ivo Goldstein* (Universität Zagreb) befasste sich mit dem Kroatischen Ustasha-Staat. Es wurden die Entwicklung und die Hauptaspekte der extrem brutalen antisemitischen und rassistischen Politik dieses kroatischen Terrorstaates beschrieben, der nach Besetzung und Zerschlagung Jugoslawiens durch faschistische und nationalsozialistische Truppen im April 1941 entstanden war. In kürzester Zeit sei hier das Gesetzsystem, besonders im Bereich des Rassismus und Antisemitismus, vom nationalsozialistischen Deutschland übernommen worden, aber dann hätten die Ustasha in einigen Fällen in der praktischen Ausführung jener Maßnahmen ihre deutschen Verbündeten übertroffen. 80 Prozent der jüdischen Bevölkerung, die innerhalb der Grenzen dieses Staates lebte, wurde vernichtet. Mehrere Hundert Juden hätten dank der Korruption, familiärer Beziehungen oder der Vermittlung der katholischen Kirche überlebt, andere Tausend Juden hätten sich der Verfolgung entziehen können, indem sie sich unter anderem der Partisanenbewegung von Tito angegliedert hätten. Auch Zigeuner seien durch die Rassengesetze stark betroffen worden und ungefähr 15.000 von ihnen seien vernichtet worden. Für die Verfolgung der ungefähr 2 Millionen hier lebenden Serben gab es zwar keinen schriftlich festgesetzten Plan, doch sei es vorgesehen gewesen, ein Drittel von ihnen zu ermorden, ein weiteres Drittel nach Serbien zu vertreiben, und das restliche Drittel zum Katholizismus zu bekehren. Besonders grausam sei man gegen kommunistische bzw. antifaschistische Gegner vorgegangen, und später gegen all diejenigen, die in den kroatischen Dörfern die Partisanen unterstützt hätten.

Georgios Niarchos (London School of Economics and Political Science London) behandelte das Schicksal der muslimischen Minderheit Westthrakiens während der bulgarischen Besatzung im Zweiten Weltkrieg. Niarchos stellte fest, dass trotz eines zunehmenden Interesses der Geschichtswissenschaft für die dreifache Besetzung Griechenlands im Zweiten Weltkrieg durch Italiener, Deutsche und Bulgaren die Geschichte der Muslime in Westthrakien in diesen Jahren von der wissenschaftlichen Forschung eher unbeachtet geblieben sei. Obwohl die muslimische Minderheit in diesem Teil Griechenlands immer schon von den griechischen Behörden diskriminiert worden sei, habe die bulgarische Besatzung sie nicht als Gefahr angesehen und daher sei sie nicht von der Bulgarisierungspolitik in dem Maße wie die ethnischen Griechen betroffen worden. Angesichts einer Diaspora von 120.000 Menschen aus dem 1943 von Bulgarien besetzten Westthrakien, an dessen Besetzung sich 10.000 bis 12.500 Muslime beteiligt hätten – gleichzeitig seien um die 92.000 Bulgaren in dieses Gebiet umgesiedelt –, hätten die in Westthrakien zurückgebliebenen Moslems keine nationalistische Forderungen erhoben, noch hätten sie Sezessionsversuche unterstützt, stattdessen wären sie eher einer pazifistischen Überlebensstrategie gefolgt. Eine solche Haltung habe letztendlich ein gegenseitiges Misstrauen zwischen dem griechischen Widerstand und der muslimischen Minderheit in Westthrakien verursacht.

In der Abschlussdiskussion wurden die Erträge der Tagung besonders durch die Veranstalter *Cattaruzza* und *Langewiesche* zusammengefasst und es ergab sich auf dieser Weise noch einmal die Möglichkeit, sich mit einigen wichtigen Problemstellungen und Forschungsergebnissen, die aus den interessanten Vorträgen und aus den sehr fruchtbaren Diskussionen resultierten, auseinanderzusetzen. So wurde auf die Vielfältigkeit der innerhalb des deutschen Bündnissystems beschriebenen Situationen hingewiesen, in der nicht selten eine Kluft zwischen theoretischer Absicht und praktischer Ausführung in den verschiedenen revisionistischen Plänen sowie in den volkstumpolitischen Zielen zum Vorschein gekommen sei. Die Gründe dafür seien vor allem in einer oft unterschiedlichen „Zentrum-Peripherie“-Einschätzung im Verhältnis zwischen Deutschland und seinen Verbündeten zu sehen. Das Dritte Reich habe sich vor allem als „Zentrum“ einer imperialistischen Eroberungsstrategie empfunden. Dagegen fühlten sich viele der Ost- und Südosteuropäischen Länder gerade erst durch ihre Allianz mit Hitler-Deutschland dazu berechtigt, sich selber als „Zentrum“ wahrzunehmen, um ihrerseits eine Revision ihrer Grenzen und/oder eine Nationalisierungspolitik gegen die auf ihren Boden lebenden Minderheiten vorzunehmen.

Mit Hinblick auf diesen letzteren Aspekt wurde wiederum nicht selten das Scheitern von ethnischen Homogenisierungsbestrebungen, besonders in den neu annektierten Gebieten, betont, wie im Falle der fehlgeschla-

genen Eindeutschung der Warthelandbevölkerung. Es sei außerdem in den einzelnen Ländern oft zu einer Hierarchisierung nicht nur der verschiedenen nationalen Minderheiten, sondern auch der annektierbaren oder der schon neu eroberten Territorien gekommen, wie die unterschiedliche Politik gegenüber Transnistrien im Gegensatz zu Wolhynien oder Bessarabien verdeutlicht. In dieser Hinsicht wurde die Frage gestellt, ob in der Behandlung des Tagungsthemas nicht auch die Anwendung von Kategorien aus anderen historiographischen Bereichen nützlich gewesen wäre, wie zum Beispiel die von der Kolonialgeschichte stammende Unterscheidung zwischen Herrschafts- und Siedlungskolonien. Selbst in der Behandlung der Judenfrage in den verschiedenen Ländern des deutschen Bündnisnetzes sei außerdem ein sehr pragmatisches Vorgehen festgestellt worden, in dem nicht immer, mit Ausnahme vom Kroatischen Ustasha-Staat, dem Beispiel Deutschlands gefolgt worden sei. Man könne daher abschließend von einer „Hierarchie der imaginären Gefährlichkeit“ sprechen, der aber in den verschiedenen verbündeten Ländern unterschiedliche Kriterien, rassistischer, ideologischer, politischer oder wirtschaftlicher Art zu Grunde lagen.

Um das schon breite Spektrum der während der Tagung behandelten europäischen deutschen Verbündeten noch weiter zu ergänzen, wäre es besonders wünschenswert, wenn im geplanten Tagungs-Sammelband auch die anfänglich vorgesehenen, aber schließlich ausgefallenen Vorträge über Bulgarien, die Tschechoslowakei und Lettland miteinbezogen würden.

Andrea D'Onofrio

Kontakt:

Andrea D'Onofrio
Historisches Institut
Universität Federico II Neapel
E-Mail: andonofr@unina.it

Übersicht:

12.09.2008

Keynote Speech und Sektion 1: Territorialer Revisionismus

Einführung.: Marina Cattaruzza (Universität Bern), Dieter Langewiesche (Eberhard Karls Universität Tübingen)

Teil 1: Moderation: Dieter Langewiesche

Istvan Deak (Columbia University New York): The Worst of Friends: the Many-cornered Struggle of Germany's Real- and Would-be Allies for Local Dominance and for Ethnic Cleansing, 1938-1945

Pier Giorgio Zunino (Universität Turin): The fascist participation in World War II. The Italian antagonism against France (1870-1935)

Pál Pritz (Hungarian Academy of Sciences Budapest): Ungarische Außenpolitik zwischen Revisionismus und Vasallentum

Teil 2: Moderation: Marina Cattaruzza

Dennis Deletant (School of Slavonic and East European Studies University College London): Romania's alliance with Nazi Germany

Mariana Hausleitner (Ludwig-Maximilians-Universität München): Rumänien im Zweiten Weltkrieg. Zwischen territorialen Verlusten und Gewinnen

Kalervo Hovi (Universität Turku): Finnlands Annäherung an NS-Deutschland als Reaktion auf den Winterkrieg.

13.09.2008

Sektion 2: Innerer Revisionismus

Teil 1: Moderation: Andrea D'Onofrio (Universität Federico II Neapel)

Christian Gerlach (Universität Bern): Annexions and the persecution of Jews in Eastern Europe 1940-1944

Norbert Spannenberger (Universität Leipzig): Die Volksdeutschen im östlichen Europa. Zwischen „Heim ins Reich“ und Volksrecht

Frank Golczewski (Universität Hamburg): Bürgerkrieg in den besetzten Gebieten? Wer gehört zur polnischen und ukrainischen Nation?

Teil 2: Moderation: Stefan Dyroff (Universität Bern)

Hiltrun Glass (Ludwig-Maximilians-Universität München): Rumänien und seine nationalen Minderheiten

Georgios Niarchos (Hellenic Observatory, London School of Economics and Political Science London): The effects of the Bulgarian occupation on the Muslim minority in Western Thrace

Ivo Goldstein (Universität Zagreb): Persecution and extermination of minorities in the Independent State of Croatia

Abschlussdiskussion

Copyright

Arbeitsgemeinschaft historischer Forschungseinrichtungen in der Bundesrepublik Deutschland e.V., 2008.

Kein Teil dieser Publikation darf ohne ausdrückliche schriftliche Genehmigung der AHF in irgendeiner Form reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

AHF, Schellingstraße 9, 80799 München

Telefon: 089/13 47 29, Fax: 089/13 47 39

E-Mail: info@ahf-muenchen.de, Website: <http://www.ahf-muenchen.de>

Empfohlene Zitierweise / recommended citation style:

AHF-Information. 2008, Nr.247

URL: <http://www.ahf-muenchen.de/Tagungsberichte/Berichte/pdf/2008/247-08.pdf>